

Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

DS0392/06/11 öffentlich	Zum Verhandlungsgegenstand DS0392/06	Datum 16.01.2007
Absender Fraktion Die Linkspartei.PDS		
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 18.01.2007	
Kurztitel Schulentwicklungsplan 2007/2008		

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den nachfolgenden Standpunkt des Stadtrates an das Kultusministerium weiterzuleiten:

„Der Stadtrat von Magdeburg fordert die Landesregierung auf, mit den künftigen Festlegungen zur Schulentwicklungsplanung Regelungen zu treffen, wonach an Mehrfachstandorten die Möglichkeit besteht, Schülerzahlen zwischen den Einzelschulen auszugleichen, wenn die Gesamtzahl der gebildeten Klassen der maximal nach gültiger Schulentwicklungsplanverordnung zu bildenden Klassen nicht überschreitet.

Wir begründen unser Anliegen wie folgt:

Der Stadtrat sieht sich in der Verantwortung, im Stadtgebiet der Landeshauptstadt ein ausreichendes, ausgewogenes und attraktives Schulangebot zu sichern. Insbesondere für die Sekundarschulen im Stadtgebiet gestaltet sich das angesichts der zurückgegangenen Schülerzahlen und der Vorgaben durch die Landesgesetzgebung zunehmend schwierig.

Wir achten und schätzen das Engagement der Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern für ihre Schule und ihr Bemühen um die inhaltliche Profilierung ihrer Schulen. Dennoch sind mehrere Sekundarschulen im Stadtgebiet, auch durch die hohen Übergangszahlen zum Gymnasium, in ihrer Existenz bedroht.

Wir sehen die Gefahr, auch in einem so kompakten Planungsgebiet wie einer Großstadt eine ausgewogene Schulplanung zwischen den Stadtteilen nicht mehr gewährleisten zu können. Mehr oder weniger zufällige Schülerwanderungen können auch in Zukunft dazu führen, dass Schulen in ihrer Existenz bedroht werden.

Das ist eine schlechte Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Schulentwicklung und eine gute Schulprogrammarbeit der Einzelschule. Die inhaltliche Qualität der schulischen

Arbeit wird bei der gegenwärtigen Gesetzeslage dabei kaum hinreichend in Rechnung gestellt.

Für eine verantwortungsvolle Wahrnehmung unserer Verantwortung bei der Schulentwicklungsplanung brauchen Stadträtinnen und Stadträte, braucht auch die Verwaltung darum größere Entscheidungsspielräume. Ein solches „Floating-Modell“, wie wir es vorschlagen, würde es auch ermöglichen, auf die Festlegung von Schulbezirken zu verzichten, ohne dass die Entscheidung eines kleinen Teils der im bisherigen Schulbezirk wohnenden Schülerinnen und Schülern für eine andere Sekundarschule zur Bestandsgefährdung führt.“

Hans-Werner Brüning
Fraktionsvorsitzender